

Simburger Anzeiger

Zugleich amtliches Preisblatt für den Kreis Simburg und für die in der neutralen Zone liegenden, von ihren Kreishauptstädten abgeschnittenen Ortschaften der Kreise Unterlahn, Unterlahnau, Rheingau und St. Goarshausen.

Erscheinungsweise: täglich (nur werktags).
Bezugspreis: vierteljährlich 4.95 RM. ohne Postbestellgeld.
Telefon Nr. 82. — Postfachkonto 24915 Frankfurt a. M.

(Simburger Zeitung) Begr. 1838 (Simburger Tageblatt)
Verantwortlicher Redakteur: Hans Antkes,
Druck und Verlag der Firma Schindler Verlag und Buchdruckerei
in Simburg a. d. Lahn.

Anzeigenpreis: die 6-spaltige 8-Millimeterzeile oder deren
Raum 50 Hg. Die 11 mm breite Reklamazeile 1.50 RM.
Anzeigenannahme bis 4 Uhr nachmittags des Vortages.

Nummer 73

Simburg, Dienstag den 30. März 1920

83. Jahrgang

Die Reichsregierung.

Das neue Kabinett.

Berlin, 27. März. Das neue Kabinett mit Hermann Müller ist nunmehr gebildet und hielt um 5 Uhr seine erste gemeinsame Sitzung ab. Es setzt sich folgendermaßen zusammen: Hermann Müller (Soz.) Reichskanzler und Minister des Auswärtigen, Koch (Dem.) Reichsminister des Innern, Gehlert (Dem.) Reichsminister des Handels, Dr. Wirth (Zentr.) Reichsfinanzminister, Robert Schmidt (Soz.) Reichswirtschaftsminister, Hermes (Zentr.) Reichsernährungsminister, Bauer (Soz.) Reichsjustizminister, Schilde (Soz.) Reichsarbeitsminister, Dr. Well (Zentr.) Reichsverkehrsminister, Giesberts (Zentr.) Reichspostminister, Dr. David (Soz.) Minister ohne Portefeuille. Das Ministerium für den Wiederaufbau wird vorübergehend nicht besetzt. (Wiederholt, weil nur in einem Teile der gestrigen Ausgabe enthalten.)

Das neue Kabinett vor der Nationalversammlung.

Berlin, 29. März. Die Nationalversammlung trat heute Morgen um 10 Uhr zusammen. Eröffnet wurden die Verhandlungen durch eine Rede des neuen Reichskanzlers Hermann Müller, in der dieser zunächst das Kabinett vorstellte und dann eine programmatische Erklärung der neuen Regierung abgab. Einleitend hob der Reichskanzler hervor, die drei Koalitionsparteien seien auch die Tragfläche der neuen Regierung. Es gäbe keinen anderen tragfähigen Boden für die deutsche Politik und deshalb sei die Erhaltung dieser Koalition eine Voraussetzung für die Existenz des ganzen deutschen Volkes. Der Reichskanzler teilte mit, daß der Posten des Ministers des Auswärtigen bald besetzt werden würde. Daß Deutschland eine wahrhafte Demokratie sei, das habe sich in den letzten Tagen erwiesen. Besonders sei es die Aufgabe der Regierung, bis zu dem Wohlen die Demokratie noch fester zu verankern und sie in alle öffentlichen Einrichtungen hineinzutragen. Wer mit Rapp in den Behörden oder in der Reichswehr gemeinsame Sache gemacht habe, der müsse verschwinden. Eidbrüchige hätten keine Schamung zu erwarten. Mit eisernem Besen müsse ausgekehrt werden. Die Demokratisierung der Verwaltung solle schleunigst durchgeführt werden, denn eine Demokratie ohne Demokraten, sei eine inner- und außenpolitische Gefahr. Auch die Wirtschaftsdemokratie solle weiter ausgebaut werden.

Deutschland für die Demokratie gesichert.

Berlin, 27. März. (M.B.) Der deutsche Minister des Auswärtigen Hermann Müller, erklärte in einer Unterredung mit dem Berliner Vertreter der „Daily News“ die Rapp-Lüttich-Angelegenheit erbrachte den dokumentarischen Beweis, daß in Deutschland der neue Gedanke der Demokratie für immer über den militärischen Geist der früheren Regierung die Oberhand behält. In einer Unterredung mit dem Vertreter der „Daily Chronicle“ erklärte Müller, die dunklen Tage hätten bewiesen, daß Deutschland keine Massenregierung dulde. Die moralische und materielle Macht habe einer solchen Regierung Widerstand zu leisten. Müller schloß: „Bitte, sagen Sie dem britischen Volke, daß Deutschland jetzt für die Demokratie gesichert ist. Ich hoffe, dieser Beweis wird die Welt veranlassen, mehr Vertrauen auf das deutsche Volk und seine demokratischen Führer zu legen. Wenn dies der Fall ist, haben wir nicht umsonst gelitten.“

Das preussische Staatsministerium.

Berlin, 27. März. (M.B.) Die Verhandlungen der Reichsparteien brachten heute Abend das Ergebnis, daß sich das preussische Staatsministerium wie folgt zusammensetzen soll: Minister und Landwirtschaft: Braun, Inneres: Severing, Unterricht: Hantke, Finanzen: Lüdemann, öffentliche Arbeiten: Esler, Handel: Giesberts, Volkswirtschaft: Siegerwald, Justiz: Dr. am Jahnhoff.

Der Lebensmittelkauf im Ausland.

Berlin, 28. März. (M.B.) Beunruhigenden Meldungen gegenüber wird mitgeteilt, daß die Verhandlungen der Reichsbehörden über die Einfuhr von Lebensmitteln aus dem Ausland, wie Getreide, Fett und Milch zufriedenstellend verlaufen. Allerdings muß bemerkt werden, daß durch die Unruhen in Westdeutschland die Verhandlungen über die aus Holland einzuführenden Waren außerordentlich erschwert werden. Nicht nur der Bahnverkehr ist sehr unregelmäßig, sondern es muß auch berücksichtigt werden, daß Holland nicht wissen will, daß die Waren prompt in den Besitz der Empfänger gelangen. Die Einfuhr der einzu-führenden Mengen ist daher davon abhängig, daß so schnell als möglich wieder geordnete Verhältnisse in Westdeutschland herrschen. Gelingt es nicht, das deutsche Wirtschafts- und Verkehrsleben wieder in geregelte Bahnen zu bringen, so kann auch nicht damit gerechnet werden, daß das Ausland dem Deutschen Reich in der Vermehrung der Preise und in den Zahlungsbedingungen bei weiteren Einfuhren von Lebensmitteln entgegenkommt.

Die Übernahme der Eisenbahnen durch das Reich.

Karlsruhe, 26. März. Wie verlautet, wird der Übergang der badischen Staatseisenbahnen auf das Reich nicht, wie ursprünglich beabsichtigt, am 1. April, sondern frühestens am 1. Juni oder 1. Juli ermöglicht werden. Zurzeit schweben Verhandlungen zwischen der badischen Regie-

ration und dem Reichsverkehrsministerium, die eine Uebernahme verschiedener Bestimmungen des Uebernahmevertrages in der Richtung einer starken Dezentralisation der Verwaltung der künftigen Reichseisenbahn bezwecken.

Was befähigt für die höhere Verwaltung?

Es ist eine alte Klage, daß unsere höheren Verwaltungsbeamten zwar juristisch und verwaltungstechnisch gut vorbereitet sind, daß ihnen aber vielfach die Fähigkeit mit dem werktätigen Leben fehlt, ein Mangel, der in der überwiegend juristischen Bildung dieser Beamten zweifellos seine Hauptursache hat. Professor W. Franz untersucht in einer Broschüre („Die Technische Hochschule als Hochschule der höheren Verwaltung“, Verlag Felix Kraus, Stuttgart) die historische Entwicklung der Beamtenbildung im preussischen Staat seit Friedrich Wilhelm I. und kommt zu dem Ergebnis, daß in Zeiten bester Verwaltungspraxis das Schwergewicht der Berufsvorbereitung nicht etwa auf den juristischen Kenntnissen, sondern auf der erworbenen Einsicht in das Wirtschaftsleben ruhte. Die im Laufe der Zeit üblich gewordene einseitig juristisch-formale Einstellung bedarf unbedingt einer Ergänzung durch die Schulung in den Erfahrungswissenschaften. Professor Franz betont daher die Notwendigkeit, um die weitest mögliche juristisch-technisch-wirtschaftliche Vorbildung zu schaffen, neben der Universität auch die technische Hochschule als Hochschule der höheren Verwaltung anzuerkennen und demgemäß neben den Gerichtsreferendaren auch Diplomingenieure zu der Laufbahn zuzulassen. Nicht etwa in dem fortgeschrittenen juristischen Studium, sondern in der Ausbeutung des Zwanges zu dem einzigen juristischen Universitätsstudium sieht Franz die beste Lösung.

Die Gewinnverlosung der Sparprämienanleihe.

Berlin, 27. März. (M.B.) Die erste Gewinnziehung der deutschen Sparprämienanleihe 1919 am 27. März 1920 ergab u. a. folgende Resultate: Für die vier Reihen a, b, c, d vier Gewinne zu je einer Million Mark Gruppe 1415 Nr. 250; vier Gewinne zu je 500 000 Mark Gruppe 1605 Nr. 27; vier Gewinne zu je 300 000 Mark Gruppe 2081 Nr. 379; vier Gewinne zu je 200 000 Mark Gruppe 1074 Nr. 399; acht Gewinne zu je 150 000 Mark Gruppe 688 und 767 Nr. 51 und 146; sechzehn Gewinne zu je 100 000 Mark Gruppe 114, 654, 1045 und 2433 Nr. 27, 317, 100 und 308. Die allein maßgebende amtliche Gewinnliste soll Anfang nächster Woche veröffentlicht werden.

Das Uebergangsheer.

Berlin, 28. März. Der durch die Presse bekanntgegebene Kabinettsbeschluss vom 9. 3. über die Beibehaltung eines Uebergangsheeres von 8000 Offizieren und 120 000 Mann für die Zeit bis zum 10. 7. wurde durch nachstehende Bestimmungen ergänzt: Alle aktiven Offiziere und Kapitulanten des früheren Heeres, die nicht in das Uebergangsheer einreihen sich der Truppen in der neutralen Zone, in das Abwischungsweien, den Heimkehrdienst oder den Reichs- und Staatsdienst übernommen werden, werden bis zum 31. 3. verabschiedet. Ausgenommen bleiben diejenigen, die mindestens seit dem 1. 10. 1919 bis 31. 3. 1920 dauernd in Staatsstellen Dienst getan haben. Sie scheiden erst am 9. 4. 1920 aus allen Militärverhältnissen aus und werden nach den für die Angehörigen des früheren Heeres geltenden Vorschriften verfahren. Vorstehende Bestimmung ist ein wesentlicher Bestandteil des erwähnten Kabinettsbeschlusses vom 9. 3.

Aus dem Industriegebiet.

Ein Ultimatum an die Aufständischen.

Berlin, 29. März. Die Reichsregierung hat an die Aufständischen im Rheinisch-Westfälischen Kohlenrevier ein Ultimatum gerichtet, in dem nach einem Hinweis auf die durch die Bielefelder Verhandlungen seitens der Regierung gemachten Versuche, ohne Anwendung von Gewalt die Ruhe und Ordnung wieder herzustellen, die Aufständischen aufgefordert werden, bis zum 30. März, mittags 12 Uhr Sicherheiten zu geben für die Durchführung folgender Bedingungen: 1. Uneingeschränkte Anerkennung der verfassungsmäßigen Staatsautorität. 2. Wiedereinsetzung der staatlichen Verwaltungs- und Sicherheitsorgane, so weit sie nicht durch Eintreten für die Rapp-Lüttich-Regierung gebrandmarkt sind. 3. Sofortige Auflösung der roten Armee. 4. Vollige Entwaffnung der gesamten Bevölkerung. Falls diese Bedingungen nicht angenommen werden, erhält der Inhaber der vollziehenden Gewalt Freiheit des Handelns zur Wiederherstellung gesetzmäßiger Zustände.

(Wiederholt, weil nur in einem Teile der gestrigen Ausgabe enthalten.)

Aus dem Kampfgebiet.

Münster, 28. März. (M.B.) Der Befehlshaber des Wehrkreises 6, Freiherr von Waller, hat gestern sich persönlich von dem Zustand der dort bisher in schwerem Kampf stehenden Truppen überzeugt. Die Division Rabich hatte gestern das Lager Friedrichsfelde gesäubert. Auf der Gegenseite große Verluste. Erbeutet wurde eine schwere Feldhaubitze, eine Feldkanone, eine Revolverkanone und mehrere leichte Minenwerfer, ferner zahlreiche Maschinengewehre, und große Munitionsbestände. Das Einschreiten der Truppen südlich Wesel wurde notwendig, um die Zivilbevölkerung vor einer weiteren Beschädigung durch rote Artillerie zu schützen. Die gegnerische Artillerie wurde teils genommen und mit den Resten soweit zurückgedrängt, daß eine Beschließung Wesels nicht mehr zu befürchten ist.

Uneinigkeit zwischen den roten Politikern und Militärs.

Essen, 29. März. In einer von 59 Städten und Kreisen des Rheinisch-Westfälischen Industriebezirks beschickten Vollversammlung der Bollzugsräte kam es gestern zu einer außerordentlich erregten Auseinandersetzung zwischen der politischen Leitung der revolutionären Arbeiterschaft und ihren militärischen Führern. Während die politische Leitung auf dem sofortigen Abbruch der Kämpfe besteht und die Unterordnung der roten Armee unter die politische Führung fordert, zeigen deren Führer nach wie vor wenig Neigung, sie den Anordnungen der politischen Führer zu unterwerfen. Es kam schließlich ein Kompromiß zustande, in dem gesagt wird, daß die Arbeiterschaft die Waffen nicht mehr aus der Hand gebe und kein Jota von den bisherigen Erfolgen preisgeben werde. Einzig und allein auf der Grundlage der gegenwärtigen Gesamtsituation werde verhandelt werden. Die augenblickliche Stellung soll gehalten werden, bis die Verhandlungen in Berlin zu einem Ergebnis geführt haben. Sollten die Reichswehrtruppen versuchen, in das Industriegebiet einzurücken, so soll unverzüglich der Generalkriegsrat für ganz Deutschland proklamiert werden.

Ein Revolutionstribunal.

Nach dem „Berliner Lokalanzeiger“ meldet der Essener Spartakus, daß das Revolutionstribunal in Essen seine Tätigkeit aufgenommen hat. Es bestraft Spionage, Verdröhlungen, Angriffe auf Posten, Wachen und Truppen und Plünderungen. Der Anführer einer Räuberbande wurde wegen Plünderung standrechtlich erschossen. Aus Duisburg wird gemeldet, daß der Bollzugsrat Lebensmittel auf dem Bahnhof und in der Stadt beschlagnahmt. Wohnungen, in denen große Mengen Lebensmittel vermutet werden, werden durchsucht.

Plünderungen.

Essen, 27. März. Die Verordnung des Essener Bollzugsrates über die Beschlagnahme von Lebensmitteln in den Privathaushaltungen wurde von zahlreichen Gefinde zu Plünderungen benutzt. In vielen Wohnungen der besseren Viertel erschienen Banden, die angeblich im Auftrage des Bollzugsrates die Wohnungen durchsuchen und nicht nur Lebensmittel, sondern auch Geld und Wertgegenstände fortzuschleppen. Der Bollzugsrat, der bisher vergeblich versucht hat, dieses Gefinde Herr zu werden, hat deshalb heute die Verordnung über die Beschlagnahme von Lebensmitteln zurückgenommen.

Wahsinn und sein Ende.

Essen, 27. März. Obwohl auch unabhängige und kommunistische Führer gestern ihren ganzen Einfluß aufboten, um dem unsinnigen Wutvergießung bei Wesel Einhalt zu tun, ist es ihnen bis zur Stunde noch nicht gelungen, den Kämpfen ein Ende zu machen. Am Anschlag an die gestrigen Hagener Verhandlungen schließt heute drei Delegierte nach Mülheim zu den militärischen Leitern der roten Truppen. Es gelang ihnen jedoch nicht, sie zur Einstellung des Kampfes zu bewegen. Nach mehrstündigen Beratungen kam folgendes Ergebnis zustande: „Die militärischen Befehlshaber stehen auf dem Standpunkt, daß weiter gekämpft wird und daß nur die Waffen entscheiden werden. Sie kämpfen weiter und sind zu Verhandlungen bereit während des Kampfes. Die Verhandlungen können sofort in Mülheim an der Ruhr aufgenommen werden. Delegierte der Fronten können gemeinsam mit dem Zentralrat Verhandlungen führen.“ Die Vertreter der Front verlangen über die Bielefelder Vereinbarungen hinaus die völlige Entwaffnung und Auflösung der Reichswehr und die Errichtung einer Volkswehr aus Arbeitern, an die alle Waffen abzugeben sind. Sollten die bevorstehenden Verhandlungen ergebnislos bleiben, so wird der Generalkriegsrat über ganz Deutschland aufs neue entbrennen.“

Aus der Tätigkeit des „Zentralrates“.

Essen, 27. März. (M.B.) Der Zentralrat der Bollzugsräte für das Industriegebiet Rheinland-Westfalen stellt fest: Die sogenannte Bielefelder Abmachungen hängen in der Luft. Die Regierung hat dazu offiziell keine Erklärung abgegeben. Sie gab auch keinerlei Garantie dafür, daß die in den Abmachungen enthaltenen Zugeständnisse durchgeführt werden. Der Zentralrat hält daher neue Verhandlungen für erforderlich. Der Zentralrat ordnet an, daß die Gemeinden die Lösung, Verpflegung und Kleidung der Wehrmannschaften zu übernehmen haben. Nötigenfalls werden die Gemeinden von dem örtlichen Bollzugsrat dazu gezwungen. Die großen Unternehmen haben den Wehrmannschaften, die bei ihnen in Arbeit standen, den Lohn weiter zu zahlen. Eingriffe in das Wirtschaftsleben von dem örtlichen Bollzugsrat dürfen nur im Einverständnis mit dem Zentralrat erfolgen.

Die Entente und das Ruhrgebiet.

Paris, 28. März. (M.B.) Wie verlautet, haben die Vereinigten Staaten beschlossen, sich gemeinsam mit Großbritannien und Italien seiner militärischen Aktion der Alliierten zur Aufrechterhaltung der Ordnung im Ruhrgebiet zu widersetzen.

Eine Versandung Frankfurts an die Franzosen abgelehnt.

Berlin, 29. März. In seiner heutigen Rede in der Nationalversammlung sagte der Reichskanzler unter großer Bewegung des Hauses, daß die Franzosen auf unsere Bitte, uns die Befreiung der neutralen Zone im Ruhrgebiet zu gestatten, falls es notwendig sein sollte, die Unruhen niederzulassen, als Garantie die Befreiung von Frankfurt a. M., Hanau, Darmstadt und Bad Homburg forderten. Dieses unerhörte Ansinnen sei von der gesamten Regierung abgelehnt worden. (Lebhafte Zustimmung.)

Hauptmann v. Pfugl-Hartung das Opfer eines Attentats?

Berlin, 28. März. (W.B.) Ueber den Unglücksfall dem der Hauptmann Pfugl-Hartung zum Opfer gefallen ist, sagt die „Vossische Zeitung“, es sei die Meinung verbreitet, daß es sich auch um ein Attentat handeln könne. Pfugl-Hartung war einer der Offiziere, die die Liebknecht vom Edenhof nach Moskau transportieren sollten. Er wurde seinerzeit vom Kriegsgericht von der Anklage an der Erschießung beteiligt zu sein, freigesprochen.

Säuberung Berlins von Ausländern.

Berlin, 27. März. Auf Anordnung des Oberbefehlshabers ist eine größere Anzahl Ausländer, die sich ohne Legitimation unangemeldet in Groß-Berlin aufhält, verhaftet worden. Nach den Blättern soll es sich vor allem um Schieber, Wucherer und Bolschewisten handeln. Der Freiheit zufolge befindet sich darunter auch eine ganze Anzahl russischer Genossen.

Berlin, 28. März. (W.B.) Die im Laufe des Sonnabends gegen eine Reihe sich unangemeldet in Berlin aufhaltender Ausländer ausgeführten Maßnahmen waren schon seit längerer Zeit vorgeesehen. Es handelt sich besonders um Waren- und Valutafischer. Unter den Verhafteten befinden sich auch mehrere Personen, die wegen strafbarer Handlungen verfolgt werden oder bereits abgeurteilt oder ausgewiesen sind. Schließlich sind unter den Festgenommenen auch mehrere russische Offiziere, die aus dem ehemaligen Westrußland nach Deutschland gekommen sind und sich hier in durchaus unzulässiger Weise betätigt haben. Die Festgenommenen, etwa 300 Personen, wurden, soweit sie nicht wieder entlassen werden konnten, in dem Barackenlager von Jossen untergebracht.

Die Reichsparteien und der Rapp-Butsch.

Berlin, 27. März. (W.B.) Die rechtsstehenden Blätter veröffentlichen eine längere Darstellung zur Vorgeschichte des Rapp-Butsches. Danach hätte in einer Unterredung am 4. März General Lüttich dem Abgeordneten (Hrgt.) und Heine (D. Bpt.), die innerhalb der Reichswehr tätige tretende Gährung geschildert und auf die Frage der Abgeordneten erklärt, man hoffe im Wege der Audienz bei der Regierung die Abstellung der Beschwerden der Truppen, die vor allem auf rechtzeitige Vorsehrungen zur Abwehr der im Osten drohenden bolschewistischen Gefahren Bezug hätten, zu erreichen. Die Abgeordneten hätten nachdrücklich auf die Gefahren hingewiesen, die in einem unvorsichtigen Vorgehen der Militärs liegen würden. Ein energischer militärischer Druck sei Wahrsinn. Die Parteirepräsentanten hoben ferner die von beiden Parteien der Rechten geplanten Aktionen hervor bezüglich der Neuwahlen zum Reichstag sowie bezüglich der Hindenburglandparität für den Posten des Reichspräsidenten. So werde auf völlig gesetzmäßigem Wege die erwünschte Lösung der innerpolitischen Schwierigkeiten erreicht. Tags darauf und am 9. März führte Lüttich wiederum Beprehungen mit den Parteiführern und gab jedesmal beruhigende Versicherungen ab, wobei er betonte, daß er sich seines Eides auf die Verfassung bewußt sei. „Besser hätten die Parteien von der Sache nichts. Sie wurden am 12. März von der amtlichen Erklärung der Regierung über die gegen Rapp und Genossen erlassenen Haftbefehle ebenso wie von dem am 13. März erfolgten Militärputsch genau so überrascht wie die übrige Bevölkerung.“

Eine Erklärung Ludendorffs.

Berlin, 28. März. Wie die Telephonunion erzählt, hat General Ludendorff durch Rechtsanwalt Dr. Alberg eine Erklärung an den beim Reichsgericht bestellten Untersuchungsrichter für die Rapp-Lüttich-Affäre, den Reichsgerichtsrat Oehlschlager, richten lassen, in der er sein Verhältnis zu der Regierung Rapp und den Vorgängen in der Butschwoche im einzelnen darlegt und die in der Öffentlichkeit gegen ihn erhobenen Vorwürfe als unrichtig zurückweist.

Uebrigens sei bei dieser Gelegenheit die in Berliner Blättern verbreitete Nachricht demontiert, wonach General Ludendorff sich in Danemark aufhalte. General Ludendorff weilt in Berlin.

Die Preise für Zeitungsdruckpapier.

Berlin, 27. März. Durch Bekanntmachung des Reichsministers für Finanzen und des Reichswirtschaftsministers über den Druckpapierpreis vom 11. März, mußten die Preise für Zeitungsdruckpapier wieder erheblich erhöht werden, nachdem die Preisbildung durch amtliche Feststellungen und Verhandlungen nachgeprüft worden war. Eine neue Bekanntmachung sieht nun eine Verbilligung des Druckpapierpreises

um 1 Mark für jedes Kilogramm vor, in der Erwartung, daß sich auch die Länder neben dem Reich an der Aufbringung der erforderlichen Mittel beteiligen werden. Das Reichsfinanzministerium hat den gesetzgebenden Körperschaften eine entsprechende Vorlage zugehen lassen. Auch die Verhandlungen mit den Ländern wegen ihrer Beteiligung stehen vor dem Abschluß.

Die Hamburg Amerika Linie unter amerikanischer Flagge.

Die „Jpu“ meldet aus New York: Die amerikanische Schiffsverkehrsbehörde hat von dem Plan des Verkaufs der deutschen Schiffe vorläufig abgesehen. Verschiedene amerikanische Reedereien haben mit der Hamburg-Amerika-Linie ein Abkommen getroffen, um deren gesamten Schiffsflotten wie er vor dem Krieg bestand, sobald als möglich wieder aufzunehmen und zwar unter amerikanischer Flagge. Mit der Schiffsverkehrsbehörde sind nun Verhandlungen gepflogen worden, um alle früheren deutschen Schiffe dem amerikanischen Syndikat in Pacht zu geben oder teilweise zu verkaufen. Die Regierung ist geneigt, diesem Plan zuzustimmen. Die Reparaturarbeiten an den deutschen Schiffen haben bereits begonnen, sobald die Routen nach Europa und dem Orient bald ausgenommen werden können.

Polnisch-bolschewistische Verhandlungen.

Bromberg, 27. März. (W.B.) Der deutsch-polnische Pressedienst meldet: Nach einer amtlichen Mitteilung aus Warschau benachrichtigte die polnische Regierung in einer Note die tschische Regierung, sie sei zu den vorgeschlagenen Friedensbedingungen bereit, am 10. April mit den russischen Bevollmächtigten zu verhandeln. Für die Verhandlungen schlägt sie den an der Frontlinie gelegenen Ort Borsjow vor. Sie erwartet die Angabe des Zeitpunktes des Eintreffens und der Anzahl der russischen Bevollmächtigten. 24 Stunden vor der Ankunft wird am Abschnitt des Brückenkopfes von Borsjow der Waffenstillstand angeordnet.

Kämpfe der Ukrainer gegen die Bolschewisten.

Berlin, 27. März. (W.B.) Die hiesige ukrainische Gefandtschaft erhielt folgende aus Buharest vom 25. März datierte Depesche: Die ukrainische Nationalarmee unter der Führung des Generals Pawlenko hat große Teile Podoliens und des Riemer Gouvernements mit den Ortschaften Uman, Stenhorod, Tschernjow, Sniemka und Elisawetgrad besetzt. Pawlenko operiert Hand in Hand mit den im Gouvernment Charson kämpfenden galizisch-ukrainischen Truppen, welche Balta, Rosdina und Odesa eingenommen haben. Die Einnahme Odesas erfolgte durch die vierte galizisch-ukrainische Division und das erste ukrainische Schwarzmeer-Regiment. Die ukrainischen linken Sozialisten haben sich gegen die Bolschewisten erklärt. In den Gouvernements Poltawa und Katerinosslaw ist ein Bauernaufstand gegen die Bolschewisten ausgebrochen. Die Regierung der bolschewistischen Volkskommission unter Katsowski hat ihren Sitz nach Charlow verlegt.

Die Besetzung Nordschleswigs durch die Dänen.

Kopenhagen, 27. März. (W.B.) Der deutsch-schleswigsche Ausschuss des Reichstages hielt gestern eine Sitzung ab, in der der Minister für Schleswig davon Mitteilung machte, daß die militärische Besetzung der ersten schleswigschen Zone durch Dänemark am 1. April stattfinden wird. In der darauf folgenden Erklärung wurde vorgeschlagen, auch Kriegsschiffe nach Sonderburg und Apenrade zu senden, außerdem auch eine Abteilung Kavallerie nach Tondern. Diesen Vorschlag wird jetzt der Verteidigungsminister in Erwägung ziehen.

Der Schutz der Minderheiten in Schleswig.

Berlin, 25. März. (W.B.) In der dänischen Presse wird mit der Behauptung operiert, daß der deutsche Minderheitenschutz für die bei Deutschland verbleibenden Dänen nicht ausreiche. Man könne deshalb bei der Grenzregulierung in Schleswig keinen Dänen dem Hasse der Deutschen ausliefern. Demgegenüber ist auf Artikel 113 der Reichsverfassung zu verweisen, wonach fremdsprachige Volkssteile durch Gesetzgebung und Verwaltung in ihrer freien polstümlichen Entwicklung, besonders im Gebrauche ihrer Muttersprache beim Unterricht, sowie bei der inneren Verwaltung und Rechtspflege nicht beeinträchtigt werden dürfen. Liberalere Bestimmungen dürften in keiner anderen Verfassung der Welt vorhanden sein. Die Reichsregierung ist entschlossen, ihrer Durchführung besondere Sorgfalt zuzuwenden. Darüber hinaus wird beabsichtigt, seinerzeit an Dänemark mit dem Vorschlage heranzutreten, ein Abkommen über den gegenseitigen Schutz der Minoritäten zu treffen.

Die Wahlen in Danzig.

Danzig, 27. März. (W.B.) Der Völkerbund genehmigte, daß die Freistaatswahlen zur verfassunggebenden Versammlung für den Freistaat Danzig am 16. Mai stattfinden. Oberbürgermeister Sahm wurde zum Wahlkommissar bestellt. Der Völkerbund wird sich noch mit der Wahlordnung beschäftigen.

Deutschlands Zulassung zum Völkerbund.

Rotterdam, 28. März. (W.B.) Der Londoner Berichterstatter des „Manchester Guardian“ meldet die Tatsache, daß deutsche Vertreter an den Verhandlungen des internationalen Arbeiterrates teilgenommen haben, gebe der Frage der Zulassung Deutschlands zum Völkerbund eine neue Bedeutung. Es sei bekannt, daß im Sekretariat eine große Neigung bestehe, Deutschland sobald wie möglich zum Völkerbund zuzulassen.

Das französische Auslandsheer.

Paris, 25. März. (W.B.) Der Räumerausschuss für auswärtige Angelegenheiten nahm gestern Kenntnis von den Antworten der Regierung auf den Fragebogen, die der Ausschuss dem Ministerpräsidenten vorgelegt hatte. Aus den Antworten geht hervor, daß Frankreich im ganzen außerhalb Frankreichs 409 816 Mann und 12 970 Offiziere unterhält, darunter 168 000 europäische Truppen. Die Unterhaltung dieser Armee erfordert jährlich einen Aufwand von 1 685 000 000 Fr. Abbe Wetterle sprach am Schluß der Sitzung über die Ereignisse in Deutschland, namentlich diejenigen des Saargebietes. Nach dem „Petit Parisien“ soll der ehemalige Reichstagsabgeordnete die Behauptung aufgestellt haben, daß deutsche Agitatoren hätten in Saarbrücken heftige Reden gegen Frankreich gehalten.

Die Ernährungsschwierigkeiten in Italien.

Die „Vossische Zeitung“ erzählt aus Lugano: Amlich wird angekündigt, daß vom 1. April ab die Zwangseinschränkung von neuem beginnt. Brot, Mehl, Teigwaren, Reis, Mais, Zucker, Kaffee, Fleisch, Stodsch, Käse, Öl, Fett werden von da an nur gegen Lebensmittelpunkte verkauft werden. Seit deren Abschaffung ist nämlich der Verbrauch des italienischen Volkes ganz bedeutend gestiegen, obgleich sich die Zahl der Verbraucher infolge des Wiederbeginns der Auswanderung vermindert hatte. Da Italien gezwungen einen großen Teil seiner Brotrucht u. anderer Lebensmittel aus dem Ausland bezieht und andererseits die italienische Währung auf ein Drittel ihres Nennwerts gesunken ist, sollen die Maßnahmen der Regierung eine unnötige Verschwendung Italiens an das Ausland verhindern. Die Einfuhr aller Lebensmittel aus dem Ausland wird daher strengstens verboten. Infolge der ungeheuren Steigerung der Preise aller anderen Nahrungsmittel blieb Brot noch das billigste. Und so stieg die Getreideeinfuhr in den letzten Monaten außerordentlich. Für die italienischen Staatsfinanzen bringt das eine ungemein drückende Belastung, da der italienische Staat bei jedem Meterzentner Getreide Geld zahlt. Durch Einschränkung der Einfuhr konnte man 2 Milliarden Lire jährlich sparen. Für die arbeitende Bevölkerung entsteht damit aber die fast unlösliche Schwierigkeit, wie das ausfallende Brot ersetzt werden soll. Es bleibt daher wohl kaum etwas anderes übrig, als daß die Bundesgenossen Italiens mit Anleihen ausweichen. Und so muß mit einer Verschärfung der Einkünfte des Tabakmonopols und der Zölle gerechnet werden. Italien wird dadurch immer mehr in die wirtschaftliche Abhängigkeit von den Westmächten geraten, eine für seine Entwicklung recht unerquickliche Folgeerscheinung des Weltkrieges.

Erste Nachrichten aus Indien.

Amsterdam, 28. März. (W.B.) Laut „Allgemeines Handelsblatt“ berichtet der „Eastern Standard“, daß der Führer der Delegation des indischen Kaisers, Mohammed Ali, am Freitag in einem Interview, erklärte, die Delegation habe ein Telegramm erhalten, wonach das zentrale Kaiserlichkeitskomitee von Indien einen allgemeinen Streik beschlossen habe. Dies sei ein Beweis für den Ernst der Lage, die durch die türkischen Friedensbedingungen geschaffen werde.

Lokaler und vermischter Teil.

Limburg, 30. März 1920

Personalien. Herr Oberlandesgerichtsreferendar Fred Hötte von hier promovierte vor einigen Tagen an Grund einer Dissertation über die Rechtsbegründung der Haft in Frankfurt a. M. zum Doktor beider Rechte mit dem Titel „Sehr gut“.

Mache Deine Seele frei!

Roman von Erich Ebenheim.

(Nachdruck verboten).

10.

Serena fuhr nach Schloßstadt.

Mila Ternburg und Albrecht hatten sie an den Bahnhof begleitet, die gute, runde Mutter ihr noch ein Täschchen mit Schinkenbrot und Rognat im Coupe gereicht. Albrecht ihr beim Schaffner mit Hilfe eines anscheinlichen Tringelbes die alleinige Benutzung des Abteils gesichert.

Nun fuhr sie schon zwei Stunden. Draußen bitterkalte, sternförmige Nacht. Vereiste Bäume, endlose Schneeflächen, matt dämmernd in der Dunkelheit, nur hin und wieder unterbrochen durch die grellen elektrischen Lampen einer Station oder das rötlich glühende Licht eines aus dem Schnee lugenden Häuschens, das seinen traulichen Schein in die Nacht warf.

Draußen dämmerte es. Bekannte Gegenden tauchten auf. Serena stand auf und stellte sich ans Fenster. Da blinnte schon der Fluß.

Je näher sie Schloßstadt kam, desto erregter wurde Serena. Dann plötzlich ein Stich in die Brust — die Turmspitze der Michaelskirche mit dem Wetterhahn drauf!

Dort rechts über dem Fluß der kahle Buchenwald — links davon ging's nach Rinnebach. Tante Mumm, — was die für Augen machen würde, wenn Rielchen sie heute zum Frühstück rief.

Hastig begann Serena ihre Toilette in Ordnung zu bringen. Den langen Mantel, über den Hut den weichen Schleier rückwärts gekreuzt, vorn zu einer großen, duftigen Schleife gebunden. Zuletzt die feinen, dänischen Handschuhe, die wie eine Haut sahen.

Wie dornen sie ansah, wußte sie nicht. Die Ternburg, hatte gestern alles zur Reise Rätige in Eile besorgt, während Serena an den letzten Karten für die Gräfin malte.

Schloßstadt — dreißig Minuten Aufenthalt.

Die Koupé wurde aufgegriffen, Träger boten sich an. „Einen Wagen“, befahl Serena und zwei Minuten später dem Kutscher: „Nach Rinnebach.“

Nur Rielchen war im Flut des alten Herrenhauses. Die Diensteute schon an ihren Arbeiten, die Tante noch im Bett. Serena legte die Finger an die Lippen.

„Nichts sagen, Rielchen, ich möchte sie zum Frühstück überraschen.“

Leise schlich sie ins Esszimmer. Da war schon warm geheizt und zum Kaffe gedeckt. Serenas Herz schlug laut in freudiger Erwartung.

„Eigentlich hätte ich's nicht tun sollen“, dachte sie dazwischen eronnen, „nach dem, was Richards Mutter mir gesagt hat. Aber ich bringe es nicht übers Herz — gerädet bin ich schon von denen in der Stadt drin — und im Hotel absteigen, ohne die gute Tante Mumm zu besuchen — nein, es ging wahrhaftig nicht. Sie ist zu gut — schließlich, wen hab' ich auf Erden, der's allezeit so gut mit mir meint? Papa?“

Da ging die Tür des Nebenzimmers auf — „Liebe gute Tante Mumm!“ Die Tränen stürzten Serena aus den Augen.

Das kleine, verhäuselte Frauchen stand einen Augenblick völlig sprachlos. Dann lief es, so gut die gichtkranken Beine es erlaubten, auf Serena zu.

„Na, hörte — hörte — bißes denn wirklich?“

„Ja — wirklich!“

„So'n Schred — ne, so 'ne Freude, so 'ne närrische Freude! Du hab' ich gemeint, so 'ne alte Aale wie ich bin!“ gar keine Freude mehr erleben! Und nu das! Na, heil' doch nich — das steht ja an —“, sie wußte mit der inschönen Hand die Tränen von ihren Waden. Dann lachte sie: „Rielchen! Rielchen! Was sagste nu dazu? So bring' doch 'n Kaffee — Rielchen, was bißte für 'n alter Jammermensch! Da steht sie und guckt und lacht und brigt uns nicht 'mal 'n Kaffee rein!“

Unter Lachen und Weinen wurde der Kaffee getrunken. Tante Mumm ließ Serenas Hand kaum aus der ihren.

„Nu bleibste aber lange da, gelt? Weist ja nich, wie ich mich gebängt hab' um dich! Nu laß ich dich so bald nich fort, hörste?“

Serena wurde ernst.

„Nur bis morgen, Tante Mumm. Mein erster Weg war zu dir. Aber gekommen bin ich eigentlich nur, weil ich mit Tante Lotte zu reden habe.“

Die Alte kniff mißtraulich die Augen zusammen.

„Wegen der biße gekommen?“ sagte sie gedehnt. „Was wüßte denn von der trostigen Nachteule? Du — die bist dir jetzt ja ganz dick mit deiner Schwiegermutter — wüßte schon antworten!“

Serena erzählte, Kopfschüttelnd hörte Tante Mumm zu. „So, so — 'nen Vater haste noch? Komisch! Und du hat nicht mal nach dir gefragt? Wenn's aber nun gar nich wahr wäre?“

„Das muß ich eben von Tante Lotte erfahren, wie das alles kam. Es ist mein Vater — ich hab's, Tante Mumm! Und daß er nicht nach mir gefragt hat, das muß doch ein Grund haben. Den Grund will ich wissen.“

„Na, dann fragste sie eben. Freilich muß es ein Grund haben. Dann willste morgen hin?“

„Sobald als möglich. Bloß dich wollte ich eher sehen.“

Tante Mumm klingelte nach Rielchen.

„Sag' dem Johann, daß er in einer Stunde mit der Kutsche vorm Tor steht! Unser Rielchen will zur Stadt.“

„Unser Rielchen“, es durchrieselte Serena warm das Wort, und sie konnte nicht anders, sie mußte die alte, dürre Hand, die auf der ihren lag, lassen dafür.

„Na, na, aber was tuste denn! Also, Rielchen, nachher, wenn Rielchen fort ist, schickte mir mal die Rielchen raus. Die muß heut was extra Feines leisten.“

Tante Lotte war eben vom Einkauf zurückgekommen und alterierte sich mit der Gret' um die Werte darüber, wie teuer dies Jahr Eier und Butter seien, als es klingelte.

Gret' ging, um zu öffnen, und ließ im nächsten Augenblick ein wahres Freudegeheul aus.

„Serena, Mabel, liebes — du! Ach, Gott, ach Gott — daß ich dein liebes Gesicht nur wieder seh' —“

„Gret!“ rief eine kalte, strenge Stimme aus der Küche. Gret' fuhr erschrocken zusammen und ließ die eben einer Umarmung erhabenen Hände schlaff sinken.

„Jesus Maria — freilich — Sie sind ja — Sie —“

(Fortsetzung folgt)

Brot-Zusatzkarten.

Die Ausgabe der Brotzusatzkarten für die Zeit vom 15. März bis 11. April 1920 erfolgt am **Mittwoch** den 31. März 1920 in der Zeit von 8 bis 12 Uhr vormittags und 2½ bis 6 Uhr nachmittags. Wegen dienstlicher Schwierigkeiten, die das nachträgliche Abholen der Karten verursacht, wird dringend gebeten, den Ausgabetermin einzuhalten.

Sofort die Zusatzkarten nicht vom Betrieb bzw. Arbeitgeber gesammelt unter Vorlage einer entsprechenden Aufstellung abgeholt werden, haben alle Schwer- und Schwerstarbeiter, die also ihre Karten selbst abholen, eine Bescheinigung des Betriebs bzw. Arbeitgebers bei der Ausgabe vorzulegen, aus der die Art der Beschäftigung genau hervorgeht.

Es wird ausdrücklich darauf aufmerksam gemacht, daß eine Abgabe der Karten ohne Vorlage der Bescheinigung nicht erfolgen kann.

Nach den vom preussischen Landesgetreideamt in Berlin mitgeteilten Richtlinien für die Gewährung der Schwer- und Schwerstarbeiterbrotzulagen kommen als zuzulageberechtigte Personen nur in Frage:

1. Bergarbeiter unter Tage,
2. Arbeiter an Hütten,
3. Feuerarbeiter in der Großindustrie, insbesondere a. von den Arbeitern in den Hochöfen: Gichter, Schmelzer, Schlackenarbeiter und sonstige Ofenarbeiter, sowie Gießbettmacher und Arbeiter bei den Windbälgen;
- b. von den Arbeitern an Stahlwerken: Arbeiter an Converten- und Martinöfen, sowie an Elektrotahlöfen; Gießgruben- und Wärmegrubenarbeiter, Kranführer in Ofen- und Gießhallen, sowie Arbeiter der Wärmegruben;
- c. von den Arbeitern in Walz-, Hammer- und Presswerken sind Walzer und Arbeiter an Warm- und Glühöfen, sowie Arbeiter an Hämmern und Pressen;
- d. von den Arbeitern in Eisen- und Stahlgießereien solche, die am warmen Metall arbeiten, also Schmelzer, Gichter und Former.

4. Arbeiter in Zinn-, Kupfer-, Aluminium- und sonstigen Metallhütten, sowie Arbeiter in Glasbütten, soweit ihre Arbeit der Arbeit der unter 3 aufgeführten Arbeiterkategorien gleicht,

5. solchen Arbeitern der chemischen Großindustrie, die unter sehr großer Hitze oder schädlichen Gasen besonders zu leiden haben,

6. Schmieden, Ofen- und Hammerleute der Maschinen- und Kleinmetallindustrie,

7. Kesselheizer in den zu 1-6 genannten Industrien, ausgenommen sind jedoch Heizer, welche eine Feuerung mit mechanischer Beschickung oder einer Gasfeuerung bedienen.

8. solchen Arbeitern, in den zu 1 bis 6 genannten Industrien sowie Kesselheizern, die an sich nicht unter den aufgeführten Kategorien, aber regelmäßig in Tag- und Nachtschicht arbeiten für die Zeit, in der sie Nachtschichten leisten.

Die Schwerstarbeiterzulage erhalten nur die unter 1 bis 3d genannten Arbeiterkategorien.

Limburg, den 29. März 1920. 17/73

Städtisches Schenkmittelamt.

Holzverkauf.

Am Donnerstag den 1. April 1920, nachmittags 3 Uhr

anfangend, kommen im Gemeindefestsaal zu Burgschwalbach aus den Distrikten 1, 3, 4a, 16a, 22 und 24:

164 Eichenstämme

mit ca. 109,40 Bfm.

Klassenweise zum Verkauf.

Die Bedingungen können auf der Bürgermeisterei Burgschwalbach eingesehen werden.

Unter den Eichenstämmen befindet sich eine Anzahl von über 1½ Bfm.

Das Holz wird auf Verlangen von Herrn Förster Rade von Kettenbach vorgezeigt.

Burgschwalbach, den 27. März 1920.

Der Bürgermeister:

6/72

Bekanntmachung.

Am Donnerstag, den 1. April d. Js., nachmittags 2 Uhr

wird die

Uferfischerei in dem Elbbach

in der Gemarkung Staffel auf dem Rathaus in Staffel öffentlich auf 6 Jahre verpachtet.

Staffel, den 29. März 1920.

Der Bürgermeister:

Reil

Local-Gewerbeverein Limburg.

Am Mittwoch, den 7. April 1920, abends 8½ Uhr findet im Schillerhalle der Alten Post die diesjährige

Generalversammlung

statt. Die Mitglieder werden hierdurch eingeladen.

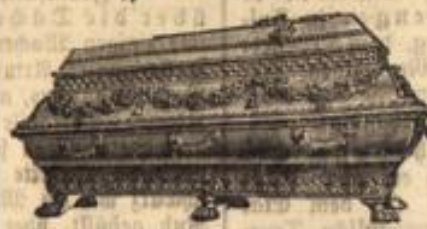
Tagesordnung:

1. Entgegennahme der Jahresberichte.
2. Annahme der Jahresrechnungen.
3. Genehmigung des Voranschlags.
4. Wahl des Vorstandes.
5. Wahl der Abgeordneten zur Generalversammlung.
6. Anträge zur Generalversammlung.

Der Vorsitzende:

J. G. Brück.

In- u. Auslands-
Ueberführungen
per Bahn und Landweg.
Enterdigungen
Einäscherungen



„Friede“

Grosse Auswahl

Särge

aller Art.

Spec. Eichen-Särge.

Karl Fassbender, Limburg, Rohrweg 3,

1. d. Nähe der Nass. Landesbank,

16/47

Fernsprecher 262.

Am Samstag, den 3. April d. Js.

(Karfreitag) bleiben unsere Schalter u. Büttel

geschlossen.

11/73

Mitteld. Creditb. Depos.-Kasse Limburg.

Modellhut-Ausstellung!

Den Eingang sämtlicher Neuheiten in schick garnierten 5/73

Damen- und Kinder-Hüten

beehrt sich ergebenst anzuzeigen

Fa. Franziska Zimmermann,

Limburg, Untere Grabenstr. 34

Trauer-Hüte

Trauer-Schleier

Papier-Abfälle,

Altpapier
jeder Art

auch Zeitschriften, Bücher,
Alten Korrespondenzen usw.
unter Garantie des sofortigen Einstampfens laufen bei
jedem Quantum zu hohen Preisen. 2/71

Gebr. Goerlach,

Untere Grabenstr. 10.

APOLLO-THEATER.

Von Dienstag, den 30. 3. bis Donnerstag, den 1. 4.
von 6 Uhr:

Arno Starks Kraft.

Der Kampf zwischen Handwerk und Maschine.

Soziales Drama in 4 Teilen. 8/73

Einlage.

Es wird gebeten, das Geld abgezählt bereit zu halten.

Jugendliche unter 17 Jahren haben keinen Zutritt.

Sämtliche Bürstenwaren

in Ia. Friedensqualität, sowie

**Kofosbeien, Kofosmatten, Kof-
haarbeien, Handseger,**

Ia. Schenertücher, Fensterleder,

Naftakast billig

en gros **J. Schupp, Seilerei.** en detail

Limburg, Frankfurterstr. 15.

— Fernruf 277. —

**Farben, Lacke,
Malerschablonen,
Bürsten und Pinsel,
Mineralöle,**

Hutlack,

Strobin.

Pet. Jos.
Hammerschlag.
Limburg.



Drogen.
Materialwaren.
Farben.

Erziehungsheim Schloss Werdorf,
Kr. Wetzlar. Vorber. f. alle Klassen. Verz. Berpf. g.
Schöne, gef. Lage. 3/72

Tüchtiges unverl. Mädchen

bei gutem Lohn und guter Behandlung sofort gesucht.

Gran Waldemar Körner,

3/72

Neuwied, Engerstr. 47

Fabrikgebäude

mit Bahnanschluss oder Nähe Station für etwa 50 Leute
(Hälfte weibl.) zu kaufen gesucht. Elektr. Kraft Beding-
ung. Vorhandener Kleinbetrieb könnte ausgebaut werden.
Offerten unter Nr. 2/73 an die Geschäftsstelle d. Bl.
erbeten.

Zuverlässigen
Wachhund

(Hofhund) zu kaufen gesucht.
Angebote mit Rasse, Alter
und Preis an 12/73

Maschinenfabrik Scheid,
Limburg.

Ein Gasbadeofen

zu kaufen gesucht. 3/73
Näheres in der Expedition
ds. Blattes.

Herr sucht möbliertes
Zimmer

zum 1. April in Mitte oder
nördl. Stadtteil. 13/73
Näheres sagt die Exped.

Metallbetten

Stahlrohrbetten, Kinderbetten
Volster an jedermann. Kat. frei.

Kleinstmöbelfabrik, Suhl i. Thür.

Solider fleißiger
Mann

für leichtere Beschäftigung, da-
runter auch etwas Gartenbau,
zum Eintritt nach den Oster-
feiertagen oder auch gleich
gesucht.

Von wem, sagt die Exped.
d. Bl. 12/73

Alter Mann
sucht Vertrauensposten

entl. auch Bureauarbeit.

Zu erfragen in der Exped.
d. Bl. 6/71

Für jungen Mann, 16½
Jahre, Reise für Obersekunda-
re wird Stelle zur Erlern-
ung der Landwirtschaft
gesucht.

Angebote unter Nr. 1/73
an die Geschäftsstelle d. Bl.

Bestellen Sie sofort

bei Ihrem Postamt zur Probe Nordwest-
Deutschlands bedeutendste Zeitung:

**Das Hamburger
Fremdenblatt**

mit Handels- und Schiffs-Nachrichten

und Kupfertiefdruck-Beilage

Rundschau im Bilde

Wöchentlich dreizehn Ausgaben

Postbezugspreis:

Ausgabe A (mit Lokal-Anzeigen):

monatl. M. 6.—, vierteljährl. M. 18.—

Ausgabe B (ohne Lokal-Anzeigen):

monatl. M. 5.—, vierteljährl. M. 15.—

Probeummuster kosten n. portofrei.

Weit über 150000 Abonnenten.

Lehrverträge zu haben in der
Preisblatt-Druckerei